

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Englische Erwartungen.

London, 31. Mai (W.B.). „Times“ fordern in einem „Oberste Frage“ überschriebenen Leitartikel baldige Regelung der Reparationsfrage als

Ziel der britischen Politik.

da keine Zeit zu verlieren sei. Das Reparationsproblem liege fast jedem anderen Problem zugrunde, und seine finanziellen und kommerziellen Verwicklungen gingen weit über Europa hinaus. Die fortschreitende Verschlechterung in der wirtschaftlichen Lage Deutschlands sei jetzt jedem Auge offenkundig; selbst französische Beobachter gestanden eine Besorgnis ein, die sie früher nicht empfunden hätten. Es werde nicht wieder erklärt, daß Deutschlands Geldkrankenheit mit seiner wirtschaftlichen Lage nichts zu tun habe. Die rasche Entwertung der deutschen Währung habe zu

politischen und sozialen Unruhen

geführt, die möglicherweise von anstrengender Art sein könnten. Es stehe natürlich außer jedem Zweifel, daß Deutschland seine finanziellen Angelegenheiten während eines langen Zeitraumes schlecht geleitet habe. Der Versuch, die Mark zu stützen, habe angesichts der Lage im Ruhrgebiet nur zeitweilig Erfolg haben können und sei seither ausgefallen worden. Es sei schwer, die Beweggründe der Unternehmung des Reichslagsauschusses zu verstehen; denn was könne sich überhaupt Gutes daraus ergeben? (Das Londoner Blatt würde diese Frage nicht stellen, wenn es die in der politischen Vorgänge in Deutschland aufmerksamer verfolgen würde. Red. d. Vorw.) Der Ausschuss habe Schritte getan, um die Veröffentlichung grundlegender Informationen zu verhindern, die eine Grundlage zur Schätzung der auswärtigen Hilfsquellen der deutschen Industrie bieten würden.

„Times“ fahren fort, die Befehle des Ruhrgebiets sei endgültig

Schädlich für die wirtschaftlichen Interessen Englands.

weil sie durch die Desorganisation der deutschen Industrie zu der Desorganisation der internationalen Industrie führe. Frankreich müsse, um die Fortsetzung seines abenteuerlichen Experiments zu rechtfertigen, zeigen, welche Vorteile es ihm gebracht habe. „Times“ fragen, ob selbst, wenn Deutschland den passiven Widerstand beende, Frankreich die Vorteile davon haben würde, die es durch eine Regelung des Problems, die die Zustimmung der Welt und des Schuldners finde, erhalten würde. Es seien Anzeichen vorhanden — vielleicht augenblicklich nur geringe —, daß beide Länder besträbt seien, eine Lage zu beenden, die für die Welt schädlich sei.

Es liege im Interesse der Welt im allgemeinen und Europas im besonderen, daß die britische Regierung bereit sei, sobald wie möglich einzugreifen, um eine Regelung zu fordern.

Man sei sehr dafür, daß die Frage zunächst zur Entscheidung an ein Welttribunal verwiesen wird. Deutschland habe durch seine Aktion den Argwohn veranlaßt, daß es seine Verpflichtungen zu umgehen wünsche. Deutschland könne diesen Argwohn beseitigen, indem es in klaren Worten ohne Einschränkung das in seiner letzten Note gemachte Angebot wiederhole, die Frage zur Entscheidung an einen internationalen Ausschuss von Sachverständigen zu überweisen. Um die bona fides dieses Angebots zu bestätigen, müsse Deutschland sich verpflichten, einer solchen Kommission alle Informationen über seine finanziellen Angelegenheiten zur Verfügung zu stellen, sowie das Recht zu einer etwa notwendigen Untersuchung der Hilfsquellen der deutschen Industrie, damit die Kommission in der Lage sei, mit einiger Genauigkeit die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu bestimmen, mit anderen Worten, die Kommission müsse in die Lage versetzt werden,

die Kassen Deutschlands zu untersuchen.

„Times“ glauben nicht, daß in diesen Kassen viel gefunden werden wird; aber wenn eine internationale Untersuchung die Gläubiger Deutschlands überzeugen soll, so müsse sie auf festgestellte Tatsachen gegründet sein. Die Verschlechterung der deutschen Wirtschaftslage in den letzten Monaten sei so schnell gewesen, daß ein Moratorium im Wesen, wenn nicht in der Form an Deutschland gewährt werden müsse, damit Deutschland Zeit und Gelegenheit habe, seine Finanzen auszugleichen. Es sei möglich, daß eine Regelung auf der Grundlage erzielt wird, die eine internationale Kommission vielleicht empfehlen würde, welche die Erwartungen Frankreichs aber enttäuschen werde. Diese Enttäuschung sei nicht zu umgehen. Die Alternative dafür sei die Fortsetzung des blinden Abenteuer im Ruhrgebiet, dessen Ende kein Mensch voraussehen könne. Man müsse den Gedanken an Garantien und produktive Pfänder aufgeben. Die

Überwachung der Verpflichtungen Deutschlands

scheine die beste Garantie zu bieten, auf die die Gläubiger Deutschlands vertrauen könnten.

„Westminster Gazette“ schreibt in einem Leitartikel, es sei zu hoffen, daß die britische Regierung, falls die deutsche Note eine angemessene Erörterungsgrundlage

biete, ihren Standpunkt weit klarer und entschiedener zum Ausdruck bringen wird, als bei der letzten Gelegenheit, und daß die französische und die belgische Regierung das deutsche Angebot weniger hastig auf seine Vorteile hin prüfen werden. Sogar Poincaré und die Elemente der französischen öffentlichen Meinung, die ihn unterstützten, könnten kaum glücklich sein über die Wendung, die die Ereignisse im Ruhrgebiet genommen hätten. In Belgien könnten jetzt Anzeichen wachsender Besorgnis über die augenblickliche Entwicklung der Ereignisse beobachtet werden. Die

Belgier seien ein Industrievolk; obgleich sie Reparationen brauchten, können sie die Gefahr sehen, die entsteht, wenn man Deutschland den

Weg zum Chaos

hinuntergleiten lasse. Sie schienen außerdem bestrebt zu sein, daß die Einheit der Alliierten wiederhergestellt werde und daß die Unterstützung Frankreichs in der Ruhrfrage sie nicht von Großbritannien entferne. Deutschland könne für Reparationen nur eine jährliche Summe in Höhe des Ueberschusses der deutschen Ausfuhr über die deutsche Einfuhr zahlen, und jeder Versuch, mehr aus Deutschland herauszupressen, könne nur zu einer fortschreitenden Entwertung der Mark führen.

Deutsche Finanzleute in England.

London, 31. Mai. (W.B.). Ein Direktor der Darmstädter Bank begab sich gestern, begleitet von mehreren deutschen Industriellen und Finanzleuten, nach dem Unterhaus, wo er mit der Industriegruppe mit den Mitgliedern der Arbeiterpartei Besprechungen hatte. Die englischen Abgeordneten wiesen darauf hin, daß ein englischer Steuerzahler viel mehr Steuern zahlen müsse als der deutsche. Die deutsche Delegation lud darauf die Industriegruppe ein, einen Vertreter nach Deutschland zu senden, um sich vom Gegenteil überzeugen zu können. Die deutschen Delegierten hatten außerdem mehrere Unterredungen mit Finanzleuten der City. Sie erklärten, daß sie keinerlei offizielle Mission der deutschen Regierung hätten.

Die belgische Reparationspolitik.

Die Ruhr nur als Druckmittel.

Paris, 31. Mai. (W.B.). Das „Echo de Paris“ teilt mit, daß die belgische Regierung gestern beschlossen hat, den Reparationsplan, den sie bereits am Freitag der letzten Woche der französischen Regierung überreicht hat, auch allen anderen alliierten Regierungen überreichen zu lassen. Die Zeitung weist bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß ein wesentlicher Unterschied in der französischen und belgischen Reparationspolitik bestehe. Belgien fordere in seinem Plane, daß die Ruhr nur als ein Druckmittel angesehen werde, um Deutschland zu Zahlungen zu zwingen, daß die Ruhr aber nicht zugunsten der Reparationen von den alliierten Mächten direkt ausgebeutet werden dürfe. Dagegen sei Frankreich der Ansicht, daß die Ruhr durch die Alliierten ausgebeutet werden müsse und diese Methode die Grundlage für die Zukunft darstellen solle.

Die Saarfrage in England.

Eine Denkschrift der englischen Regierung.

London, 31. Mai. (W.B.). Der politische Berichterstatter des „Manchester Guardian“ schreibt, es bestehe guter Grund zu der Annahme, daß die letzte Saardebatte im Unterhaus und das in der letzten Zeit von der englischen Presse in der Saarfrage gezeigte Interesse praktische Ergebnisse haben werde. Die britische Regierung habe bereits ein Memorandum an die im Völkerbundrat vertretenen Mächte geschickt, in dem zum Ausdruck komme, daß die Lage im Saargebiet derart sei, daß sie eine Art von Unterwerfung erforderlich mache, damit die gegen die Völkerbundverwaltung gerichteten Anschuldigungen zurückgewiesen oder im gegenteiligen Falle die Mißbräuche, über die Beschwerde geführt werde, behoben werden könnten. Die britische Regierung werde alles tun, was in ihrer Macht stehe, um zu erreichen, daß die Saarfrage nicht hinter geschlossenen Türen erörtert werde, wenn sie demnächst vor den Völkerbund käme.

Eine englische Kommission in Deutschland.

London, 31. Mai. (W.B.). Nach einer Meldung des „Manchester Guardian“ hat sich eine englische Delegation auf Einladung deutscher Finanzleute aus London nach Deutschland begeben, um die Lage in Deutschland an Ort und Stelle zu prüfen und die wirkliche Zahlungsfähigkeit festzustellen. Sie wird demnächst nach London zurückkehren und einen Bericht über ihre Beobachtungen abgeben.

Neue Devisenhäufung.

Die Devisenspekulation hatte nach den Ausführungen des Reichsbankpräsidenten im Reichstagsauschuss während der letzten Tage ziemlich stark mit der Möglichkeit einer neuen Intervention der Reichsbank am Devisenmarkt gerechnet. Dementsprechend wurden besonders gestern ziemlich umfangreiche Baiffengagements getätigt. Heute verläutet mit ziemlicher Bestimmtheit, daß die Reichsbank vorläufig keine Fortsetzung der Stützungaktion vornehmen werde, da sie nicht geneigt sei, ihre Goldbestände noch mehr zu reduzieren. Diese Nachricht veranlaßte die Spekulation zu einer neuen Schwärzung. Die Deckungskäufe der Baiffiers trieben im Verein mit Bedarfskäufen des Einfuhrhandels den Dollar in der ersten Stunde des offiziellen Verkehrs auf 99.500. Diese neue Devisenhäufung veranlaßte auch die Effektenpekulation zu stärkeren Eindeckungen. Man rechnet damit, daß am ersten Börsentage des neuen Monats wie üblich die Verkaufsgrenzen größtenteils nicht erneuert sein werden und daß dementsprechend die starke Kaufkraft des Publikums bedeutende Kurssteigerungen hervorruhen werde. Die Interessentkäufe am Montanmarkt dauern an. Die herrschende Geldflüssigkeit ist augenblicklich einer neuen großen Haufe sehr günstig. Allerdings rechnen seriöse Börsenkreise damit, daß im Laufe des nächsten Monats am Geldmarkt doch eine gewisse Beruhigung eintreten und daß auch die Devisenhäufung sehr leicht ein jähes Ende finden kann, falls die neue deutsche Note in der kommenden Woche eine bessere Aufnahme findet, als die vorige.

Volkspartei und Demokraten.

Die gespannte außenpolitische Situation und die schwere wirtschaftliche Bedrängnis im Innern lassen wenig Zeit zur Beschäftigung mit den organischen Entwicklungsercheinungen in den einzelnen politischen Parteien Deutschlands. Allenfalls bringen es die Parteien oder Gruppen, die am meisten Lärm machen, dazu, daß man sich für ihre innere Entwicklung interessiert, wie z. B. die Deutschösterreichischen und die Kommunisten. Insbesondere in der Arbeiterpresse sieht es mitunter so aus, als ob es in Deutschland nur noch Sozialdemokraten und Kommunisten gäbe, und man scheint bisweilen zu vergessen, daß noch immer die Mehrheit des deutschen Volks zu den bürgerlichen Parteien steht und daß die Sozialdemokratie gegen rechts ihre Werbetaktik entfalten muß, wenn sie ihren Einfluß mehren und schließlich die ganze politische Macht erobern will.

Nun werden in unserer Nachbarpartei zur Rechten seit längerer Zeit lebhaftere Diskussionen darüber geführt, ob man sich mit der Deutschen Volkspartei verschmelzen soll oder nicht. Wenn auch die meisten Stimmen, die in der demokratischen Presse hörbar werden, sich zunächst gegen eine Verschmelzung aussprechen, so zeigt schon der Umstand allein, daß eine solche Diskussion möglich geworden ist, den Wandel der Zeit. Denn die Deutsche Demokratische Partei wurde im Winter 1918 in bewußtem Gegensatz zum Rechtsliberalismus gegründet, der in der Nationalliberalen Partei und auch in großen Teilen der Fortschrittspartei sein Wesen oder Unwesen trieb. Damals wurde der Versuch einer „reintlichen Scheidung“ unternommen; unbarmherzig sollten zur Volkspartei, der Nachfolgerin des Nationalliberalismus, alle Elemente abgestoßen werden, die nicht demokratisch unbedingt zuverlässig waren. Man hoffte eine bürgerlich-republikanische Partei schaffen zu können, etwa von der Art, wie sie die radikalsozialistische Partei Frankreichs in ihrer besten Zeit, unter Callaux' Führung dargestellt hatte, eine Partei, die energisch für den Ausbau demokratischer Errungenschaften eintrat und dabei auch vor den sozialen Notwendigkeiten keineswegs die Augen verschloß.

Dieser Traum ist heute ausgeträumt, und ernüchtert sehen die Gründer der Deutschen Demokratischen Partei in eine graue Wirklichkeit. Alles, was zur Verwirklichung ihrer Idee notwendig gewesen wäre, ist ausgeblieben: Massen, Führer und — Geld!

Jene Massen der Bevölkerung, die als Kadaver einer republikanisch zuverlässigen Partei in Betracht kommen, waren längst in der Sozialdemokratie zusammengefaßt. Diese hatte ihre Werbung nicht mehr auf die Industriearbeiterschaft beschränkt, sondern sie auch auf die organisierten Schichten der Angestellten und Beamten, auf die gesamte Arbeitnehmerschaft, ausgedehnt. Die fortgeschrittensten, geistig regsamsten Elemente dieser Schichten blieben für eine neue Parteigründung nicht mehr zur Verfügung. Der ländliche Grundbesitz ist durch die Zollpolitik und Arbeiterfragen auf konservative Gedankengänge festgelegt. Nicht minder steht das industrielle Unternehmertum in dauerndem Gegensatz zu seinen Arbeitnehmern, es ist darüber hinaus politisch wenig interessiert, jeder Art von Idealismus unzugänglich und sozialpolitischem Fortschritt, der lediglich als Geschäftsförderung empfunden wird, abhold. Was blieb übrig? Gewisse Industrie-, Bank- und Handelskreise, die schon früher den Grundstock der Freisinnigen Vereinigung gebildet hatten, und allerlei von der Sozialdemokratie noch nicht erfasste Restbestände der Arbeitnehmerschaft. Hier aber stießen die Demokraten auf die stärkste Konkurrenz weiter rechts stehender bürgerlicher Parteien, denn es liegt in der Natur der Sache, daß die nicht zur Sozialdemokratie gehörigen Kreise eher nach dem entgegengesetzten Extrem neigen, als daß sie sich einer Partei der Mitte und der Vermittlung anschließen. — So war also nichts da, woraus ein großes Ganzes hätte werden können.

Vielleicht hätte sich der Mangel an Quantität bis zu einem gewissen Grade durch Qualität ausgleichen lassen. Aber die Demokratische Partei hat auch nicht das Glück gehabt, Führerpersönlichkeiten von außerordentlichem Maß hervorzubringen. Rathenau, die stärkste Persönlichkeit der Partei, war ein Außenleiter, ein glänzendes Anhängsel, kein Repräsentant, der die Partei als solche in sich verkörperte. Uebrigens hatte er es — ebenfowenig wie Preuß — zu einem Reichstagsmandat gebracht.

Arm an Massen, Führern, Ideen, blieb die Demokratische Partei auch arm an Geld. Das einzige, was bis zu einem gewissen Grade ihre Stärke ausmachte, ist ihre Presse. Aber auch sie hat durch rückwärtslosen Aufkauf empfindliche Einbußen erlitten und ist im allgemeinen zu sehr an Verlegerinteressen gebunden, als daß sie zum tragenden Gerüst eines leistungsfähigen Parteikörpers werden könnte.

Inzwischen hatte die Deutsche Volkspartei durch einen gewaltigen Aufwand von Industriegeid und nationalistic Demagogie Erfolge erzielt, die geeignet waren, die armen Demokraten vor Reid erblassen zu lassen. Ob die Volkspartei imstande sein wird, diese Erfolge festzuhalten, ist eine andere Frage. Hat sie doch die Gestaltung der parlamentarischen Verhältnisse dazu gezwungen, sehr viel Wasser in ihren nationalistic Wein zu gießen und zur Republik wie zur auswärtigen Politik eine realpolitische Haltung einzunehmen, die den von Verantwortung unbeschwerten, rückwärtsloseren Demagogon von weiter rechts eine breite Angriffsfläche bietet.

Durch diese Umwandlung kam aber die Volkspartei den Demokraten auch wieder bedeutend näher.

Die Bildung der „Arbeitsgemeinschaft der Mitte“ gab weitere Gelegenheit, Erfahrungen darüber zu machen, wie wenig im Grunde die beiden Parteien noch voneinander trennt. Weder sind die einen so „monarchistisch“, noch sind die anderen so „republikanisch“, wie sie sich zeitweilig eingebildet hatten. Und da die Interessentenpolitik der Besitzenden auch auf die Demokratische Partei nicht ohne Einfluß geblieben war, fand man sich nur zu oft in Fragen der Wirtschafts- und Steuerpolitik zu unheilvollem Bunde zusammen.

Kein Zweifel also, daß zwischen den beiden Parteien eine starke Tendenz zur Annäherung besteht. Damit ist aber noch nicht gesagt, daß es so bald zu einer Verschmelzung kommen wird, der ein Teil der Demokraten heftig widerstreitet. Noch weniger ist damit gesagt, daß aus der Verschmelzung eine große und dauerhafte Partei des bürgerlichen Liberalismus hervorgehen würde, wie ihre Befürworter sie von ihr erhoffen. Denn diese Partei würde vom Großkapital in einer Weise beherrscht sein, wie sie es aus Rücksicht auf ihre Anhänger selber nicht ertragen kann. Auf alle Fälle würde sich durch sie die Scheidung der Geister noch viel klarer vollziehen als bisher, und noch deutlicher würde es jedem einzelnen werden, daß es nur eine Partei gibt, über der die Fahne demokratischer Fortschritt und sozialer Neuordnung im Interesse der breiten Massen hoch aufgerichtet steht: die Sozialdemokratische Partei!

Das kommunistische Durcheinander.

Der Angriff auf Sachsen.

Die „Rote Fahne“ glaubt einen Widerspruch darin entdecken zu können, daß der „Vorwärts“ im Zusammenhang mit den Ereignissen im Ruhrgebiet einmal von Kommunisten spricht, die zur Besonnenheit mahnen, und das anderemal von Kommunisten, die zum Ruhen der internationalen Reaktion die Arbeiter zu den aller schlimmsten Torheiten zu verleiten versuchen. So liegen aber die Dinge in Wirklichkeit, dieser innere Widerspruch ist in der KPD vorhanden, und es ist nur selbstverständlich, daß er sich auch im Spiegelbild zeigt. Neuerdings hat sich auch die kommunistische Bezirksleitung in Westsachsen plötzlich scharf gegen die Zentrale gewandt, weil Koenen in der Zentralschulung abgewiegelt hatte, da „ihm die Situation noch nicht genügend aktuell erschien“.

Die „Leipziger Volkszeitung“ kommt in einer ausführlichen Besprechung dieser Vorgänge zu folgenden Ergebnissen:

Der Einfluß der aggressiven Tendenzen in den Bezirken hat sich bereits geltend gemacht. Nach bisherigem Schwanken hat die Zentrale nunmehr in einem neuen Aufbruch das Treiben der aktiven Elemente durchaus gebilligt, und wenn nicht alles täuscht, sind die Kommunisten drauf und dran, in derselben Art wie anlässlich des mitteldeutschen Busses die Bewegung auf das unbefestete Gebiet zu übertragen, wofür die Vorgänge in Dresden den besten Beweis liefern. Gestern abend (29. Mai) hat eine Funktionärsitzung der kommunistischen Partei in Leipzig stattgefunden, in der der Träger der aggressiven Tendenzen, der berühmte Turkestaner Schubert, referierte. Zu gleicher Zeit beschäftigten sich in Berlin und wohl auch in anderen Orten Funktionärsitzungen mit dem gleichen Thema. Es ist daher wohl anzunehmen, daß von der Zentrale bestimmte Parolen vorbereitet werden, die dahin gehen, die Arbeiterschaft in allen Betrieben den kommunistischen Zwecken dienstbar zu machen.

Die deutsche Arbeiterklasse darf nicht willenlos zum Objekt der kommunistischen Bestrebungen werden. Zweifellos wird die KPD, alles aufbietend, um die Arbeiter zu mobilisieren, und zwar in einer Zeit, in der die Bewegung in Rheinland-Westfalen bereits vollkommen zusammenzubereiten droht. Es wäre eine Gewissenlosigkeit sondergleichen, wenn in dieser Situation die Kommunisten dazu übergehen würden, einen von vornherein vollkommen aussichtslosen Kampf einzuleiten. Das kann und das darf nicht geschehen. Die Kommunisten werden nicht den geringsten Erfolg haben, wenn die sozialistischen Arbeiter sowie alle anderen nüchternen Elemente in den Betrieben den kommunistischen Agitatoren mit aller Energie und fest geschlossen entgegenreten.

Die Glasfiste.

Von Karl Fischer.

Wenn ein Deutschnationaler schlechter Laune ist, dann schimpft er zunächst mal auf die Republik, ganz gleichgültig, aus welcher Quelle und von welcher Stelle sein Keger stammt.

Wenn aber ein Deutschnationaler geistreich ist, dann spricht er von der Republik in Gleichnissen, die ebenlo — fast wie köhl sind. Ein sehr schönes Gleichnis, über dem der ganze große Schein deutschnationaler Geistreichigkeit gebreitet lag, konnte man dieser Tage in der Stadtbahn aus dem Gespräch zweier Reisenden staunend genießen.

Sahen da zwei von den Unentwegten, deren Abendgebet mit denselben Worten schließt, mit denen das Morgengebet beginnt: „Wilhelm lehre wieder und sage die Republik und die Sosis zum Teufel!“, in einem Abteil und hatten an der Revolution und der Republik kein gutes Haar gelassen.

Schließlich sagte der eine: „Ja, sehen Sie, mein Lieber, mit der Revolution ist es genau so wie mit der Glasfiste meines Onkels. Dieser Onkel ist im Grunde genommen ein herzenguter Kerl. Nur manchmal bekommt er den Koller, und dann muß er seiner Wut Luft machen und in Scherben schlagen, was ihm gerade in den Weg läuft. Seine Familie kennt das nun schon, und damit der Onkel keinen Schaden anrichtet, tut man alles in eine Kiste, was im Laufe der Zeit an Tassen, Tellern, Gläsern und Porzellan in die Brüche gegangen ist. Wenn den guten Onkel nun die Wut peinigt, dann packt er die Glasfiste und rüttelt und schüttelt sie, und wenn es danach in ihrem Bauch klarrt und kiert, dann freut er sich in dem Gedanken, alles in Klump geschlagen zu haben. Befriedigt legt er die Kiste beiseite und dann ist wieder alles wie es war. Schaden aber hat er nicht angerichtet. Genau so, ganz genau so ist es mit der Sozialdemokratie und der Revolution.“

Dieses wirklich prächtige und prägnante Gleichnis erregte das Wohlgefallen seines Nachbarn und politischen Glaubensgenossen und beide lachten ob dieser gelungenen Geschichte.

Im Abteil sah noch ein Reisender, der sich bisher nicht gerührt hatte, sich nun aber folgendermaßen vernahmen ließ:

„Es hat mich gefreut, daß so sachverständigen Munde zu erfahren, daß in der Glasfiste Deutschland alles Bruch war und daß es not tat, ganze Arbeit zu machen und die Scherben vollends in Schutt und Asche zu verwandeln. Wenn Sie aber sagen, daß nun alles wieder ist, wie es war, so wissen Sie ganz genau, daß Sie mit dieser Behauptung eine hanebüchene Lüge hinlegen. Sie wissen doch am allerbesten, daß es dem guten Onkel schwer gemacht wird, aus Bruch und Trümmern eine neue und bessere Welt aufzubauen, weil Sie und Ihre Gleichgenossen immer wieder neue Scherben in die Glasfiste Deutschland einschmeißen. Aber seien Sie überzeugt, eines Tages verliert der gute Onkel die Geduld und Ihnen vergeht die Lust, ihm immer wieder neue Scherben in die Kiste zu legen.“

Nach dieser Rede, die das Gleichnis von der Glasfiste in das rechte Licht rückte, sperrten die beiden deutschnationalen Herren Mund und Nase auf und von Geistreichigkeit war auf ihren Gesichtern jetzt weiß Gott nichts zu spüren.

Die Arbeiterklasse kann sich keinen weiteren Kräfteverfall erlauben. Sie muß gerüstet sein für die Kämpfe, die zweifellos kommen werden. Aber dazu ist notwendig, daß die Kampftrast unvermindert und daß die Bilanz der Arbeiterschaft geschlossen bleibt. Darum die Augen auf! Wehet euch gegen die kommunistischen Treiber!

Diese Mahnung scheint uns überall beherzigenswert und in Sachsen besonders aktuell.

Die Zukunft der Wohnungswirtschaft.

In der Juninummer der „Gemeindepolitik“ veröffentlicht A. Ellinger eine Antwort auf die Vorschläge zur Abschaffung der Wohnungsbauabgabe, die nicht genug beachtet werden kann:

Wirtschaft läßt sich auf die Dauer nur führen, wenn der Preis einer Ware im Einklang steht mit den Herstellungskosten. Das ist so in der kapitalistischen Wirtschaft und wird auch in keiner sozialistischen oder kommunistischen Wirtschaft anders sein. Ware dauernd unter dem Selbstkostenpreis abgeben, heißt: auf Kosten der Substanz leben, heißt: das vorhandene Nationalvermögen aufzehren, heißt: Verarmung und Kulturrückschritt. Die Wohnungen werden aber heute zu einem Preis vermietet, der nur einem kleinen Bruchteil der Herstellungskosten entspricht. Das war bis jetzt möglich, weil 99 Proz. der Wohnungen schon vor dem Kriege gebaut wurden und deshalb nicht so stark von der gegenwärtigen Herstellungskosten abhängig sind wie die Preise für Nahrung, Kleidung usw. Trotzdem ist die Reherstellung von Wohnungen auf privatwirtschaftlichem Wege völlig unterbunden. Trotz ist das nur, wenn auf gemeinwirtschaftlichem Wege Wohnungen gebaut werden. Dazu müssen die Mittel beschafft werden. Was liegt bei der gewaltigen finanziellen Anspannung und Uebererschuldung des Reiches, der Länder und Gemeinden näher als der Gedanke, die Mittel aus den im alten Hausbesitz steckenden und der Ausnutzung durch die Hausbesitzer entzogenen Werte zu nehmen. Auf die Dauer wird die gewaltige Niedrighaltung der Mieten unter einem Betrag, der den heutigen Herstellungskosten entspricht, sowieso nur möglich sein, wenn sich wenigstens die Wohnungswirtschaft als Ganzes selber trägt, d. h. wenn aus der Gesamtheit der vorhandenen Wohnungen soviel Mittel aufgebracht werden, als zur Erbauung der notwendigen Neumwohnungen getraut werden. Wäre dies nicht der Fall, so müßte nach den Gesetzen der Wirtschaft über kurz oder lang die Wohnungszwangswirtschaft mitsamt der Mieterschutzgesetzgebung zusammenbrechen, und der immer stärker werdende Wohnungsbedarf auf privatkapitalistischer Grundlage befriedigt werden. Dann allerdings wären auch für die Berechnung der Mieten für die vorhandenen alten Wohnungen die heutigen Neubautkosten maßgebend. (Man rechnet heute für eine Dreizimmerwohnung Neubautkosten in Höhe von etwa 30 Millionen Mark. Eine achtprozentige Verzinsung dieser Kosten, die man mindestens rechnen muß, ergebe für diese Wohnung eine Jahresmiete von 2 400 000 Mark. Diese Summe zeigt drastisch den Schutz, den heute die Mieter durch die Mieterschutzgesetzgebung genießen. Die Mieter selbst wissen wohl, daß ihnen aus diesem Schutz gegenüber den Wohnungslosen auch Pflichten erwachsen.)

Die Wohnungswirtschaft ist heute das einzige Wirtschaftsgebiet, das bis zu einem gewissen Grade gemeinwirtschaftlich organisiert ist. Durch die Mieterschutzgesetzgebung ist den Hausbesitzern das freie Verfügungsrecht über ihre Sachwerte genommen. Ein Teil der Werte, die bei Wiederherstellung der freien Wirtschaft den Hausbesitzern zufallen, wird heute als Wohnungsbauabgabe für die Allgemeinheit erhoben, die damit wieder gesellschaftlich gebundenen Hausbesitz schafft. Das ist für die Hausbesitzer Grund genug, sich gegen die Wohnungsbauabgabe zu wenden und eine radikal aussehende Wohnungsbau-Einkommensteuer vorzuschlagen. Sozialdemokraten und Mieter sollten sich hüten, auf diesen Reim zu kriechen und die Geschäfte der Hausbesitzer zu besorgen. Sie sollten lieber den wirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung tragen, indem sie für eine Erhöhung der Wohnungsbauabgabe auf das zur Erbauung der fehlenden Neumwohnungen und zur Aufrechterhaltung des Mieterschutzes unbedingt notwendige Maß eintreten. Damit leisten sie den

Mietern und der Gemeinwirtschaft einen besseren Dienst, als mit radikal aussehenden Forderungen“.

Diese Ausführungen sind um so beachtenswerter, als insbesondere die kommunistische Agitation unter der Mieterenschaft sich stets nur gegen die Höhe der Mieten wendet, ohne den allein vom volkswirtschaftlichen wie vom sozialistischen Standpunkt aus gleichermaßen allein möglichen Gesichtspunkt einer schärferen Kontrolle über die aufgewandten Gelder und ihre richtige Verwendung zur Erhaltung des vorhandenen Hausbesitzes im Interesse der Allgemeinheit zu beachten. Die reine negative Agitation gegen Mieterhöhung allein birgt ihre großen Gefahren in sich und muß auf die Dauer zum Zusammenbruch der öffentlichen Hausbewirtschaftung mit unabsehbaren Folgen für die Arbeiterschaft führen.

Zusammenstöße in Dresden.

Dresden, 31. Mai. (WZ.) Gestern abend bewegten sich nach Schluß der Demonstrationen unter Führung des Kommunisten Beilmann Erwerbslose nach dem Polizeipräsidium. Da der proletarische Selbstschutz sich außer Stande erklärte, die immer größer werdende Ansammlung zum Abzug zu bewegen, übernahm die Polizei die Absperrung. Nach einer Schreckschussalbe stoben die Massen panikartig auseinander. Die Umgebung des Polizeipräsidiums wurde sodann planmäßig geräumt, wobei mehrere Personen festgenommen wurden. Auch in der inneren Stadt kam es spät abends zu Zusammenstößen, wobei neben dem Gebrauch der Gummischläger auf dem Postplatz auch Schreckschüsse abgegeben werden mußten. Die Kundgebungen zogen sich bis spät in die Nacht hin. Bänderungen sind nicht bekannt geworden.

Dresden, 31. Mai. (WZ.) Das neue Markt-Strandgericht zur Bekämpfung des Wuchers wird erstmalig während des regelmäßigen Schlachtochtmarktes im städtischen Schlachthof in Tätigkeit treten.

Arbeitsaufnahme im Ruhrgebiet.

Im Ruhrgebiet. (31. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In der Stadt Gelsenkirchen ist die Arbeitsaufnahme allgemein. Das gilt auch mit einigen Einschränkungen für den Landkreis Gelsenkirchen. Im Landkreis weigern sich z. B. im Bezirk Wattenscheid große Teile der Arbeiterschaft, die Arbeit aufzunehmen. Sie werfen den Unionisten Verrat vor. Die aus Unionisten und Kommunisten gebildete Zentralstreikleitung ist deshalb aufgelöst worden und wird durch eine andere Zentralstreikleitung ersetzt. In Hamburg, wo der Streik vorgestern anfang, wird heute durchweg gearbeitet. Im Kreise Witten arbeiten alle Betriebe mit Ausnahme eines einzigen. Im Bezirk Essen, wo unter dem Druck der roten Hunderttausenden vorgestern noch einige Zechen neu in den Streik traten, haben die Unionisten ebenfalls abgeblieben. Die Arbeit ist durchweg aufgenommen.

Im Bezirk Dortmund wird durchweg gearbeitet. Hier sowie in Hörde wird der Streik wohl heute als erledigt bezeichnet werden können. Anders steht die Sache in Hamm, wo unter anderem noch streiken die Zechen Werner III, Königsborn II, III und IV, de Wendel, Wähen III, IV und Radbod. Diese Zechen sind teilweise neu in den Streik getreten. Im Bezirk Dortmund arbeiteten gestern 19 Zechen, während 9 stilllagen. Die Metallarbeiter werden heute wohl die Arbeit auf der ganzen Linie aufnehmen. In den Bezirken Gladbeck, Recklinghausen und Buer ist die Arbeitsaufnahme allgemein.

Dortmund, 30. Mai. (WZ.) Es streiken neu: Zeche Wähen, Westfalen, Eintracht, Tiefbau, Blankenburg, Auf Gott gewagt; im Bezirk Ibbenbüren: Wähsche. Wieder angefahren sind die Belegschaften auf folgenden Zechen: Admiral, Gotteslegen, Glüdauf, Tiefbau, Wiedenbusch, Kaiser Friedrich, Freier Bogel, Preußen I und II, Karl, Sneltenau, Wähenbach, Hanfmann, sämtliche Schachtanlagen von Konsolidation, sämtliche Schachtanlagen von Pluto, Königgrube, Wilhelmine Viktoria, Friedrich und Verlorener Sohn.

Kunstlieben ausgeschaltet werden soll, so kann die Entscheidung bei seinem ersten Kunstfreund zweifelhaft sein“.

Wir empfehlen die Beküre dieser Zeitschrift namentlich auch unseren Vereitern im preußischen Landtag. Die sachverständigen und unwiderleglichen Erörterungen der Staatsoperleitung werden manchem, der in der Angelegenheit noch nicht ganz klar sieht, die Augen öffnen und ihn vor Fehlurteilen bewahren.

Vom Kunststück zum Kunstwerk. Die Langkunst der berühmten Tamara Karawina, die mit ihrem Partner Peter Bladimiroff sich gestern in der Scala produzierte, fußt auf jener Ballettechnik, die bei den Russen zu höchster Vollendung geblieben ist. Das, was bei diesen Darbietungen die große Raffie der Zuschauer verblüfft oder begeistert, ist eine Art rein körperlicher Akrobatik, eine stonemswerte Virtuosität im Herorbringen von Atituden und Pas, die mit dem, was dem menschlichen Leibe in Ruhe und Bewegung naturgemäß ist, nichts zu tun haben, ihm meistens sogar konträr entgegengekehrt sind. Soweit handelt es sich um Kunstfertigkeiten, denen durch Temperament und natürliche Anmut der Ausübenden und kultivierten Geschmack der Arrangements eine Art sinnlicher Chorme verliehen werden kann, die in ihren Wirkungen aber immer rein deformativ, ornamental bleiben. Ein anderes aber ist es, was die Leistungen der Karawina in die Sphäre wirklich künstlerischen Gestaltens erhebt: ihr Tanz ist fähig, Seelisches zum Ausdruck zu bringen, Gefühl und Stimmung lebendig werden zu lassen. Und — merkwürdig — gerade in den Produktionen, die am meisten auf technische Bravour gestellt erscheinen, in Chopins Bolzer Cis-Moll und der kleinen Pantomime „Der Geist der Rose“, trat diese Fähigkeit am stärksten und feinsten zutage. Hier stellte sich die Akrobatik in den Dienst ortsicher Gestaltens, das Kunststück wurde zum Kunstwerk. Hier obate man, auf welchem Wege diese uns veraltet dünkende Ballettechnik für eine moderne Tanzkunst fruchtbar zu machen wäre, hier kam zum Bewußtsein, daß auch diesen choreographischen Ausdrucksmitteln eine Kraft innewohnt, die, vom Streben nach bloßen Bravourereffekten und gegenständlicher naturalistischer Charakteristik befreit, zum Tanz der Zukunft, zur reinen Rhythmis befeuert Körperbewegung führen kann.

Ein neues Operntheater in Berlin. Für die nächste Spielzeit hat Direktor Hermann Daller, der bisherige Direktor des Theaters am Kolonnenplatz, das Admiralspalais erobert. Daller wird im Hause des Admiralspalais die gleiche Gattung von Operetten wie an seiner bisherigen Bühne spielen.

Das metrische System in Rußland. Das ab 1. Juni bereits im russischen Volk- und Telegraphenwesen eingeführt wird, soll im Laufe des Jahres 1924 in den ersten Post-Brigadier und später im Anwesen und Telegrafendienst eingeführt werden. Man hofft, daß es bis 1927 voll durchgeföhrt sein wird.

Das französische Amerika. Aus New York wird gemeldet: Der Schauspieler Rudolf Schildkraut wurde in der Angelegenheit des Theaterstücks „Der Gott der Rache“ von Schalem Kisch, das als unmoralisch erklärt wurde, zu 200 Dollar Geldstrafe verurteilt. Sein Manager, Dr. Weinberger, erhielt ebenfalls 200 Dollar Geldstrafe.

Direktor Lange als Legendendichter.

Zum Streit um Kroll hat nun auch die Leitung der Staatsoper offiziell und öffentlich Stellung genommen in einer Denkschrift, die den Titel führt „Die Legende von dem Anspruch der Großen Volksooper auf Kroll“ (Sonderdruck aus „Blätter der Staatsoper“, Heft 7). An der Gründungsgeschichte der Volksooper wird hier dargelegt, wie der Direktor Lange es verstanden hat, zunächst mit Hilfe der Staatsoper und der Volksbühne seinem Unternehmen eine Grundlage zu schaffen, dann aus dem freundschaftlichen Entgegenkommen dieser beiden Institute für sich „moralische Anrechte“ abzuleiten, um schließlich in offenem Kampf mit unerbittlichen Forderungen hervorzutreten, die er schluß mit einem Schein des Rechts umkleidet. Es wird weiter geschildert, wie die ursprüngliche Idee der Großen Volksooper als eines volkstümlichen Unternehmens nach Art der Volksbühne von Range nach und nach ausgegeben und die sogenannte „Volksooper“ unverhüllt in ein rein kapitalistisches Privattheater verwandelt wurde. Durch sogenannte „außerordentliche“ Mitglieder, die in Wirklichkeit nichts anderes als Söldner waren, läufte Lange ein Ensemble langweiliger Künstlernamen vor, huldigte er tatsächlich aber dem Star System. Statt sich den einer Volksooper gestellten kulturell wichtigen Aufgaben zuzuwenden, bevorzugte er Sensationsausführungen fremdändlicher Opern und schraubte dabei die Eintrittspreise immer höher, so daß ein großer Teil seiner Aktionäre abspringen mußte.

Die Denkschrift kommt zu dem Ergebnis: „Die Große Volksooper hat nicht nur keinen tatsächlichen, sondern nicht einmal einen moralischen Anspruch auf Kroll. Sie hat einen großen sozialen Gedanken anfänglich aufgeriffen, um ihn dann, als sie glaubte, ihn nicht mehr als Parole zu benötigen, allmählich zu verleugnen. Sie hat, obwohl getarnt, leichtsin ohne genügende Garantien, ein eigenes Theaterunternehmen ins Leben gerufen und will nun für ihre Kalamität (daß sie ab 1924 kein Haus mehr besitzt) andere verantwortlich machen und sich zu eigener Stellung über wohlworbene, begründete Rechte anderer hinwegsetzen. Die 150000 Mitglieder der Volksbühne haben mit gutem Recht durch ihren Vorstand einstimmig gegen eine Auslieferung des von ihnen geschaffenen und ganz anderen Aufgaben zugedachten Hauses an das Banaische Privatunternehmen Stellung genommen. Für die Staatsoper, deren geplanter Neubau durch die Zeitverhältnisse verlehrt ist, ist aber bei der verfallenen, technisch ungenügenden Bühnanlage des Hauses unter den Händen der Besatz des Kroll-Theaters eine absolute Lebensnotwendigkeit. Einzeln mit ihr diese neue Wirkungsstätte, so gefährdet man ihre Existenz! Wenn wirklich die Große Volksooper behauptet, auch sie solle der Vernichtung anheim, wenn sie Kroll nicht erbt, so ist das nicht stichhaltig. Es ist nicht einzusehen, warum sie sich nicht die Möglichkeit bestünde, erst mit Hilfe des Ministeriums sich einen anderen Theaterraum Berlins zu sichern. Aber selbst wenn jemals wirklich zu wählen wäre, ob die Staatsoper oder die Große Volksooper Langes aus dem Berliner

Franzosen und Kommunisten.

Die „Rote Fahne“ ist ganz außer sich darüber, daß der „Vorwärts“ es sich erlaubt hat, die Mitteilungen Jean Plois in der Zeitschrift „La République“ über das Zusammenarbeiten zwischen dem französischen General Denonnes und gewissen kommunistischen Elementen an der Ruhr abzufragen und daraus einige Schlussfolgerungen zu ziehen. Sie glaubt, die Schwere dieser Angaben dadurch entkräften zu können, daß sie ihren unwissenden Lesern erzählt, Plois sei ein „Revolverjournalist“ und die „République“ ein „Revolverblatt“. Wahrscheinlich hat der Redakteur der „Roten Fahne“ den Namen Plois hier zum erstenmal gelesen ebenso wie den der „République“. Dennoch ist die „Rote Fahne“ mit ihrem Urteil über die Zeitschrift und ihren Mitarbeiter schnell fertig und drückt beiden den Stempel der „Revolverjournalistik“ auf.

Zu ihrer Orientierung teilen wir ihr mit, daß die „République“ eine erst vor kurzem gegründete linksrepublikanische Zeitschrift ist, die vom ehemaligen Ministerpräsidenten Painlevé gegründet wurde, der sich allgemeiner Wertschätzung auch bei den französischen Arbeitern einschließlich der Kommunisten erfreut. Zu ihren Mitarbeitern gehören u. a. der hervorragende Publizist Robert Jouvenel und andere Redakteure des „Deuvre“, darunter Plois, sowie z. B. auch der bisherige, sehr wichtige und populäre Karikaturist der „Humanité“, Cassier, der erst vor kurzem zum größten Bedauern der R.P.F. aus dem Redaktionsverband des Kommunistenorgans ausgeschieden ist, weil ihm und anderen die Tyrannei Boris Souvarines unerträglich wurde. Diese Zeitschrift hat sich zur einzigen Aufgabe die Bekämpfung des „Nationalen Blocks“ in allen seinen Formen und Liebergriffen gestellt und hat in den wenigen Wochen ihres Bestehens einen ganz besonders scharfen Feldzug gegen die Verhaftung und Verfolgung der Kommunisten Cachin und Genossen geführt.

Das ist das Organ, das die „Rote Fahne“ als Revolverblatt bezeichnet, damit bei ihren unwissenden Lesern der Eindruck entstehe, wir schöpften aus unläuterer Quelle!

Zur Sache selbst fordert uns in ultimativem Tone die „Rote Fahne“ auf, „bis morgen“ auch nur zehn Tatsachen aufzuführen, aus denen die Zusammenarbeit von Kommunisten mit französischen Militärs im Ruhrgebiet hervorgehen würde.

Wir müssen das Recht in Anspruch nehmen, in der Ungelegenheit so zu verfahren, wie es uns und nicht wie es der „Rote Fahne“ beliebt. Deshalb fordern wir sie auf, zunächst auf folgende klare Fragen, klare Antworten zu geben:

1. Ist es wahr oder falsch, daß französische Militärs den Kommunisten an der Ruhr ihre Unterführung angeboten haben für den Fall, daß sie die Fabriken und dortigen Anlagen im Ruhrgebiet besetzen würden, unter der Bedingung, daß sie dafür sorgen, daß der passive Widerstand aufhöre und Kohlen für Frankreich gefördert und gelassen würden?

2. Ist es wahr oder falsch, daß unter den führenden Ruhrkommunisten eine starke Neigung bestand, auf dieses Angebot einzugehen, nicht etwa um den französischen Militäristen zu Diensten zu sein, sondern in dem wahnhaften Glauben, dadurch die „Weltrevolution“ vorwärtszutreiben, da dies der erste Schritt zur Enttarnung der deutschen Industriellen gewesen wäre?

3. Ist es wahr oder falsch, daß die Zentrale der A.P.D. in ihrer Mehrheit sich gegen die Annahme dieses Planes ausgesprochen und deshalb Klara Zetkin ins Ruhrgebiet delegierte, um auf einer besonders einberufenen Bezirkskonferenz der A.P.D. dagegen Stellung zu nehmen, wobei sie ihren Standpunkt nur mit Knapper Mehrheit durchsetzte?

4. Ist es wahr oder falsch, daß der Kern des ganzen gegenwärtigen Kampfes zwischen Zentrale und Opposition eben in der Streitfrage liegt, ob man mit den französischen Militärs paktieren solle oder nicht?

Zuerst muß die „Rote Fahne“ auf diese vier klaren Fragen klar antworten. Je nach den Antworten behalten wir uns vor, die Angelegenheit im „Vorwärts“ weiter zu behandeln.

Pilsudski zurücktreten.

Warschau, 31. Mai. (U.) Der Rücktritt des früheren Staatschefs Pilsudski von seiner Stellung als Generalabschluß ist nunmehr erfolgt. Pilsudski hat nochmals ausdrücklich erklärt, einem Rechtsposten unter keinen Umständen seine Dienste zu leisten. Es ist zu befürchten, daß hierdurch die latenten Gegensätze in der Armee allmählich offenkundig werden. Sie beruhen auf der Vergangenheit der polnischen Armee. Pilsudski galt nicht nur als Führer der früheren Anhänger der polnischen Legionen, sondern darüber hinaus als Führer aller lokalen Elemente in der polnischen Armee. Der aus Frankreich importierte General Haller stützte sich auf die französischfreundlichen und zum Teil auf die früher preußischen Teile der Armee. Der General Dowbor-Musnicki gilt als Führer der früher in russischen Diensten befindlichen Offiziere. Es wird schwer fallen, für den Vollen des Generalabschlusses eine Persönlichkeit zu finden, die ähnlich wie Pilsudski in der Lage ist, die polnische Armee ohne Rücksicht auf die vorhandenen Meinungen zu leiten.

Rittertelegramm und Kurie. Die „Germania“ veröffentlicht eine Zuschrift von sehr geschätzter Seite, in der ausgeführt wird, daß der Bericht Ritters über die Haltung der Kurie im österrösterreichischen Konflikt auf einem Mißverständnis beruhen müsse. — Weiteres ist seine Veröffentlichung in der Pariser Presse im April 1919 erfolgt (nicht 1920, wie es heute morgen hier infolge eines Schreibfehlers hieß).

	31. Mai		30. Mai	
	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländischer Gulden	27032.25	27167.75	28518.00	28633.94
1 argentinische Papier-Peso	24139.25	24360.50	20947.50	21062.50
1 belgischer Franc	3815.18	3894.82	3409.47	3418.53
1 norwegische Krone	11371.50	11423.50	9850.31	9899.60
1 dänische Krone	12760.00	12852.00	11062.27	11117.73
1 schwedische Krone	18264.00	18448.00	15910.12	15987.88
1 finnische Mark	1977.19	1926.51	1659.84	1668.10
1 japanischer Yen	—	—	29027.25	29172.75
1 italienische Lire	3251.75	3308.25	2857.83	2872.17
1 Pfund Sterling	318200.00	320800.00	276307.50	277892.50
1 Dollar	69326.25	69673.75	59850.00	60150.00
1 französischer Franc	4563.50	4586.44	3975.03	3994.97
1 brasilianischer Milreis	—	—	6114.67	6145.33
1 Schweizer Franc	12495.75	12531.25	10892.77	10917.23
1 spanische Peseta	10423.87	10476.13	9142.08	9187.92
100 österr. Kronen (abgest.)	—	—	84.78	85.22
1 tschechische Krone	—	—	1800.48	1809.52
1 ungarische Krone	—	—	11.22	11.28
1 bulgarische Lewa	—	—	618.45	621.55
1 jugoslawischer Dinar	—	—	649.37	652.63

Viererleitungen.

Die Reichspostverwaltung läßt jetzt in verstärktem Maße das Fernleitungsnetz planmäßig umgruppieren und umbauen, um hierdurch die Möglichkeit zu erhalten, aus zwei Leitungen durch Kunstschaltungen noch eine dritte Fernsprechverbindung zu gewinnen. Auf diese Weise sind bis jetzt zahlreiche neue Abzweige, sogenannte Viererleitungen, geschaffen worden, die das allgemeine Fernsprechnetz vervollständigen und die Sprechmöglichkeiten für das Publikum verbessert haben, ohne daß es dazu der Herstellung neuer Kupferdrahtleitungen bedürft hätte. Bisher sind bereits 3000 Viererleitungen neu entstanden, die der Postkasse nach den jetzigen Sätzen eine Gebühreneinnahme von schätzungsweise täglich 79 Millionen oder jährlich 24 Milliarden Mark einbringen. Die Kosten für den Leitungsbau waren verhältnismäßig gering und kommen diesen Zahlen gegenüber überhaupt nicht in Betracht. Welche außerordentliche wirtschaftliche Bedeutung dieser vom Telegraphentechnischen Reichsamte geleisteten Tätigkeit zukommt, geht aus nachfolgenden, lediglich für das zweite Halbjahr 1922 errechneten Zahlen hervor. Es wurden allein in dieser Zeit rund 11 700 Kilometer neue Viererleitungen geschaffen und rund 7900 Kilometer vorhandene Viererleitungen durch verbesserte Anordnung leistungsfähiger gemacht, das Fernleitungsnetz also um rund 19 600 Kilometer betriebsfähige Sprechleitung vermehrt. Hätten diese 19 600 Kilometer Sprechleitung aus Kupferdrähten besonders gebaut werden müssen, so wären dazu nach dem Stande der Preise vom 1. April Baustoffe im Betrage von rund 22 Milliarden und Löhne im Betrage von rund 1 1/2 Milliarden Mark erforderlich gewesen. Das sind Summen, die wir vermutlich nicht hätten aufbringen können; die Indienststellung der Leitungen hätte also sehr zum Nachteil der wirtschaftlich tätigen Kräfte unseres Volkes unterbleiben müssen. So aber wurde es ermöglicht, in den Viererleitungen billigen Ersatz zu schaffen, der dem Reiche dauernd große Einnahmen zuführt.

Eine Hakenkreuz-Orgie.

Geheimnisvoller Vandalismus in einem Kunstladen.

Ein Akt von unerhörter Rohheit und Vandalismus, wie er nur selten vorkommt, hat sich in Charlottenburg, in der Kunsthandlung von Reiche, Bismarckstr. 74/75, und einem daneben liegenden Konfitürengeschäft ereignet. Das Wertwürdige ist, daß sowohl der dort betretene Kunsthändler als auch die Polizei über einen mutmaßlichen Täter und dessen Beweggründe völlig im unklaren sind.

Als der Geschäftsinhaber, der nicht neben seinen Laden oder in dem Hause wohnt, am Morgen seinen Laden, den er ordnungsmäßig verschlossen vorfindet, betrat, bot sich ihm ein entsetzender und niederschmetternder Anblick. Sämtliche gerahmten und verglasten Bilder waren in der fürchterlichsten Weise mit Zaponlack und anderen Lacken und Farben, die die Verbrecher im Laden selbst gefunden hatten, über und über verschmiert und mit großen Hakenkreuzen bemalt. Da alle Scheiben eingedrückt waren, waren Farbe und Lack durch die Spalten gedrungen und hatten sämtliche Gemälde, Reproduktionen, Graphiken usw. in einer Weise bedeckt, daß es einer völligen Vernichtung gleichkam. Auch an den Wänden wimmelte es von Hakenkreuzen. Die Wandmalereien hatten sogar Bilder auf die Erde geworfen und mit den Füßen zertrampelt. Eine große Vitrine, die Porzellan- und Schmuckgegenstände enthielt, war gleichfalls besudelt worden. Polsterstühle waren zerkratzt worden und aus einem Nebenraum hatten die Stühle Reih und Raue hervorgeholt und über den Fußboden gestreut. Als gestohlen konnte auch an den Kunst- und Wertgegenständen bisher nicht das Geringste festgestellt werden. Nachdem sie ihr Zerstörungswerk in einer bisher kaum dagewesenen Gründlichkeit vollbracht hatten, begaben sich die Verbrecher in das nebenan in demselben Hause liegende Konfitürengeschäft von Rathske und hausten hier ebenso niederträchtig, aber auch ohne etwas zu stehlen. Auf das Schmerzlichste ist der Kunsthändler Rechte getroffen, denn nicht nur eigene Bilder, sondern auch fremde, die ihm zur Einnahme übergeben wurden, sind vernichtet worden. Die beiden Geschäftsinhaber sind hochachtbare Persönlichkeiten, die in dem Hause selbst und in der Gegend geschätzt werden und sich auch nicht entsinnen, sich die Feindschaft irgendeines Menschen — denn es handelt sich offenbar um einen niedrigen Rachpost — zugezogen zu haben. Auch die Polizei hat bis zur Stunde noch nichts ermitteln können. Das Ansehen eines Polizeibundes war vergeblich. Zur Aufklärung des ganzen geheimnisvollen Vorganges wäre zu beachten, daß die Verbrecher, die wie toll und wild mit Lack und Farbe herumgewirbelt haben, sich unbedingt an Händen und Kleidern beschmutzt haben müssen, und zwar vorzüglich mit schwarzer Farbe. Dieser Umstand kann vielleicht zur Aufklärung in der Angelegenheit dienen, einer Aufklärung, die hoffentlich nicht lange auf sich warten läßt.

Und das soll Beamtennötigung sein!

Ein Nachspiel zum Potsdamer Artillerietag.

Die Rechtsparteien hatten im vergangenen Jahre zum 6. Mai, dem Geburtstag des ehemaligen Kronprinzen, einen Großartillerietag in Potsdam geplant, zu dessen Einberufung u. a. Oberst Bauer und der Rappistengeneral v. d. Harde gehörten. Die Arbeiterschaft beschloß, hiergegen in Verbindung mit pazifistischen Organisationen zu demonstrieren. Sie beauftragte den Gewerkschaftssekretär Genossen Thielmann, vorher schriftlich den Potsdamer Polizeipräsidenten v. Zige zu ersuchen, höheren Orts ein Verbot dieser monarchistischen Veranstaltung zu erwirken. In diesem Brief sah der Polizeipräsident eine Beamtennötigung und übergab die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft. Diese lehnte zunächst Erhebung der Anklage ab. Auf Beschwerde des Polizeipräsidenten hin hat das Kammergericht beschlossen, Klage wegen Vergehens gegen den § 114 St.R.G. (Beamtennötigung) zu erheben. Das war im August v. J. Im Dezember sollte Thielmann in den Magistrat Potsdam als unbesoldeter Stadtrat einrücken. Der Regierungspräsident verlagte jedoch die Bestätigung wegen Schwedens des Verfahrens. Am 2. Juni wird sich Thielmann vor der Potsdamer Strafkammer wegen Beamtennötigung zu verantworten haben. Der Polizeipräsident ist als Nebenkläger zugelassen. Als Zeuge ist der Sekretär der Liga für Menschenrechte, Behmann-Kußbühl, Berlin geladen worden. Wir werden über den Prozeß berichten.

Werbungskosten bei Kriegsbeschädigten.

Mit der allgemeinen Erhöhung der Ermäßigungen beim Steuerabzug vom Arbeitslohn tritt, wie das Finanzamt Groß-Berlin mitteilt, für seinen Bezirk eine von dem bisherigen Verfahren abweichende Regelung hinsichtlich der Zulassung erhöhter Werbungskosten bei Kriegsbeschädigten ein. Vom 1. Juni 1923 ab wird den erwerbsfähigen Kriegsbeschädigten, denen die nicht im Kriege, sondern aus anderen Ursachen beschädigten Personen (z. B. Militärentrenter, Friedensdienstbeschädigte, Friedensblinde, Invaliden und Unfallrentner usw.) gleichgestellt werden, auf Antrag eine Erhöhung des gesetzlichen Werbungskostenpauschalses nach dem Prozentsatz der Erwerbsbeschränkung von dem für diese Personen zulässigen Finanzamt gewährt. Als Nachweis für die Höhe der Erwerbsbeschränkung ist in jedem Fall dem Finanzamt der Rentenbescheid vorzulegen. Den Besonderheiten des Einzelalles dürfen die Finanzämter durch einen entsprechenden Zuschlag oder Abschlag Rechnung tragen. Den erwerbsfähigen Blinden wird in jedem Fall — auch wenn der Rentenbescheid nicht auf 100 v. H. Erwerbsbeschränkung lautet — stets eine Erhöhung der Werbungskosten um 100 v. H. zugebilligt. Dagegen kommt bei

Kriegs- oder Friedensbeschädigten, die weniger als 30 v. H. Erwerbsbeschränkung sind, eine Erhöhung des gesetzlichen Werbungskostenpauschalses (vom 1. Juni 1923 ab beträgt die gesetzliche monatliche Steuerermäßigung 10 000 M.) nur dann in Frage, wenn besondere Gründe hierfür geltend gemacht und vom Finanzamt anerkannt werden. Um die nunmehr erforderliche Berichtigung der Steuerbücher der vorgenannten Personen möglichst schnell und ohne große Kosten für die Antragsteller zu erledigen, empfiehlt es sich, die für ein Finanzamt bestimmten Steuerbücher mit den dazu gehörigen Rentenbescheiden mehrerer Antragsteller gesammelt entweder durch die arbeitgebende Firma oder durch einen Vertrauensmann dem Finanzamt zur Berichtigung vorzulegen.

Der Dieb an der Strippe.

Auf ein eigenartiges Mittel, den in seinem Geschäft überhandnehmenden Diebstählen entgegenzuarbeiten, war der Besitzer eines mittleren Warenhauses verfallen, das neben dem Reiz der Originalität sich außerordentlich bewährte.

Der erfindungsreiche Warenhausbesitzer suchte sich dadurch gegen die zahlreichen Diebstähle zu schützen, daß er die in seinem Warenhaus ausgestellten Gegenstände mit einer dünnen, 5 bis 6 Meter langen Schnur so befestigte, daß es nicht zu sehen war. Auf diese Weise gingen mehrfach Diebe in die Falle, da sie die Schnur erst bemerkten, wenn sie sich einige Schritte entfernt hatten. So erging es auch vier Dieben, die sich gestern unter dem Ruderum Wiese und Genossen vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen gemeinschaftlichen Warenhausdiebstahls zu verantworten hatten. Das Ehepaar Wiese war in das Warenhaus gekommen und hatte sich verschiedene Sachen vorlegen lassen, gleich darauf waren die beiden Mitangeklagten, ebenfalls ein Ehepaar, erschienen und hatten gleichfalls Waren verlangt. Dadurch war die Aufmerksamkeit des Verkäufers abgelenkt worden und die Diebe fanden Gelegenheit, die von ihnen ins Auge gefaßten Gegenstände an sich zu nehmen und sich gegenseitig zuzurücken. Als sie sich in unerwarteter Weise durch das Anziehen der Schnur ertappt sahen, flüchteten sie. Sie wurden aber auf der Straße verfolgt und es gelang ihre Festnahme durch einen gerade des Weges kommenden Schupoemann. Das Gericht erkannte auf Gefängnisstrafen von vier bis sechs Monaten und lehnte mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit des Treibens der Warenhausdiebe eine Bewährungsstrafe ab.

Drei Dachstuhlbrände an einem Vormittag.

Die Dachstuhlbrände in Berlin nehmen epidemische Formen an. In den letzten Stunden mußte die Berliner Feuerwehr allein drei gefährliche Dachstuhlbrände in der Bartelstraße 8, Stendaler Straße 3 in Moabit und Margrafenstraße 27 löschen. In der Bartelstraße 8 stand der Dachstuhl des Vorderhauses nachts in großer Ausdehnung in Flammen und in der Stendaler Straße 3 kam der Brand heute früh um 7 Uhr zum Ausbruch. Als die Vögelzüge an diesen beiden Brandstellen antraten, hatten die Brände schon solche Ausdehnung erlangt, daß an beiden Stellen längere Zeit gelöscht werden mußte und erheblicher Schaden für die Feuerversicherer, Vermieter und Mieter sowie für die Feuerwehre entstanden ist, denn der Materialverbrauch an Schläuchen, Benzin usw. ist heute ganz bedeutend. In den letzten Wochen hatte die Wehr u. a. Dachstuhlbrände in der Rammertstraße 11, Leipziger Straße 84, Wefersstraße 55 in Neukölln, Niedstraße 31 in Friedenau, Charité, Hindenburgdamm 97 in Lichterfelde, Karlstraße 1 in Lichterfelde, Dandelmannstraße 44, Joachimsthaler Straße 39—40 usw., zu löschen, die nicht ohne Zutun von Menschenhand entstanden sein können. Vermehrte Aufsicht sowie Vorsicht und schnellste Feuererlöschung sind geboten.

Anpassung der Unterführungen an die Teuerung.

Der Magistrat hat die automatische Anpassung der Unterführungsrichtsätze an die jeweiligen Teuerungsverhältnisse beschlossen und die Stadtverordnetenversammlung ersucht, damit einverstanden zu sein, daß in Zukunft der Berechnung der Unterführungsrichtsätze zugrundegelegt wird: a) Laufende Unterführungen: 1. Einzelne Personen dreiviertel der jeweiligen Sozialrentnerunterführung eines Empfängers von Invalidenrente. 2. Ehepaar: Sah wie zu 1. und 50 Proz. Zuschlag. 3. Jedes Kind: 33 1/2 Proz. des Sahes zu 1. b) Einmalige Unterführungen an andere Personen: 50 Proz. der unter a) angeführten entsprechenden Sätze. Bei Gewährung von unentgeltlicher Armen- oder Volksspeisung ist diese zur Hälfte auf die zu zahlenden Unterführungen anzurechnen.

Die Zahlung des Teuerungszuschusses für Monat Juni ist, wie das Bezirksamt Kreuzberg mitteilt, durch Verfügung des Reichsarbeitsministeriums angeordnet worden. Die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen des Verwaltungsbezirks Kreuzberg werden auf die Bekanntmachungen an den Vissah-Säulen am 29. und 30. d. M. hingewiesen.

Traurige Zustände.

Einer der gefährlichen Kinderfreunde wurde gestern auf der großen Spielwiese im Treptower Park in der Person eines 48jährigen Wächters Karl R. von der Wache und Schließgesellschaft polizeilich festgestellt. Er verging sich an sechs Mädchen im Alter von 3 bis 13 Jahren. Von Parkbesuchern beobachtet, zog er sich mit den sechs Kindern nach einer anderen Parkstelle hin und setzte hier sein Treiben fort. Alle Beteiligten, auch die Kinder, wurden nach der Polizeiruf gebracht. Hier konnte einwandfrei ermittelt werden, daß die beiden ältesten Mädchen den Wächter zu seinen strotzenden Handlungen erst ange-reizt hätten. Sie erklärten das ganz unumwunden mit nicht wiederzugebenden Äußerungen.

Unwetterkatastrophe in der Provinz Sachsen. In der Gegend von Rüdern und Mansfeld fanden in der vergangenen Nacht gewaltige Wolkenbrüche statt. Ungeheure Wassermassen wälzten sich von Niederschlagsfeldern nach Bahnhöfen Rüdern und setzten die Grube Elisabeth der Anhaltischen Kohlenwerke sowie den Ort Röderling unter Wasser. Die Beamtenkolonie am Bahnhof Rüdern gilt als verloren. Die Saaten sind vollständig vernichtet, ebenso die Obstbäume. Der Schaden ist sehr bedeutend. In Mansfeld mußte die Technische Rothilfe eingesetzt werden, um die Beute aus den Häusern herauszuholen, die vom Einsturz bedroht sind.

Millardendiebstahl in Mailand. Unter aufsehenerregenden Umständen ist in Mailand ein Diebstahl von Schmuckstücken im Werte von 1 1/2 Millionen Lire (das sind etwa 4 1/2 Milliarden Mark) verübt worden, der an die künftigen Sireide der bekannten französischen Automobilbanditen der Bande Bonnot erinnert. Eine Angestellte eines Goldwarengeschäfts, die von einer Wank zurückkam, von der sie 2 Handkoffer mit Schmuckstücken geholt hatte, wurde überfallen und der Handkoffer geraubt. Die Räuber entfernten sich in einem Automobil mit großer Geschwindigkeit, wobei die Banditen auf die herbeigeeilten Polizisten Revolvergeschosse feuerten. Es ist den Räubern gelungen zu entkommen; bis jetzt fehlt von ihnen jede Spur.

Zu Strahrendemonstrationen der Erwerbslosen kam es gestern (Mittwoch) in Bayreuth, bei welcher Gelegenheit die Schließung des größten Teiles der Cafés, Restaurants und Hotels erzwungen wurde.

Weiter für morgen.

Berlin und Umgebung. Etwas kühler, zeitweise heller, jedoch sehr veränderlich mit wiederholten Regenschauern und fortwährendem Gewitterneigung, bei schwachen, vorherrschend östlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

14. Kreis Neutalun. Heute abend 7 1/2 Uhr, Kreismitgliederversammlung, Sozialistischer Parteitag. Berichtserstattung vom Hamburger Sozialistenkongress. Referent Genosse Künster, M. d. R. Pünktliches Erscheinen erwünscht.

